

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861**

19.5.1861 (No. 117)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 19. Mai.

N. 117.

1861.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einschuldungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

## \* Zur ungarischen Frage.

Es mochte eine Zeit lang möglich scheinen, daß, was dem Absolutismus in Oesterreich nicht gelungen ist, der Freiheit gelingen werde: die Herbeiführung einer Verständigung mit Ungarn. Die Aussicht erweiterte sich, als man sah, daß die neuentstandene freiheitliche Entwicklung einen Gang nahm und Erfolg hatte, wie sie in dieser Art und in diesem Umfang kaum zu erwarten waren. Man konnte denken, die Freiheit diesseits der Leitha werde der Freiheit jenseits derselben nicht vergeblich die Hand reichen; auch werde die Manifestation des Wiener Reichstags zu Gunsten der Reichseinheit in Pesth ihre Wirkung nicht verfehlen. Als dann die Nachricht von dem selbstgewählten tragischen Ende des Führers der ultramagyarischen Partei einlief, glaubte man diese Katastrophe auf die Verzweiflung der extremen Fraktion an dem Sieg ihrer Sache deuten und demzufolge als ein Symptom für die Herstellbarkeit einer nahen Versöhnung ansehen zu sollen.

Durch die Deak'sche Rede sind wir jedoch belehrt worden, daß man jetzt um keinen Schritt weiter ist als vorher. Man kann sagen: wenn Deak — was er nicht thut — auch noch verlangen würde, daß der Kaiser Franz Joseph für sich und seine Dynastie dem ungarischen Thron entsagen sollte, so hätte er gefordert, was an prinzipiellen Forderungen logisch denkbar ist; alle s A n d e r e nimmt er in Anspruch. Ungarn und Oesterreich sollen fortan zwei einander ganz fremde, selbständige Staaten bilden, die außer dem Regenten Nichts miteinander gemeinsam haben, dem Regenten, dessen Regentehandlungen in dem einen Staat jedoch diejenigen in dem andern Nichts angehen. Es ist dies genau der Standpunkt der ungarischen Revolution in den Jahren 1848 und 1849 vor dem Akt der Thronbesteigung.

Und diesen Standpunkt nennt man heute in Ungarn den „gemäßigten“ und setzt die „Mäßigung“ darein, daß man dem Kaiser nur als die Meinung des Landes einfach auszusprechen, nicht als dessen Willensentscheidung kategorisch erklären will! Uebrigens würde man wohl auch das Bestreben thun, wenn die Zeitverhältnisse Solches räthlich machen würden.

Motiviert wird Alles auf Grund der pragmatischen Sanction und vornehmlich der Gesetzgebung von 1848, deren Bestimmungen mit großer Geschicklichkeit zu dem beabsichtigten Zweck zusammengestellt werden. Ja man geht so weit, dem Kaiser zuzumuthen, daß er, der allein das Recht und die Macht dazu habe, die widerspenstigen Kroaten, Slavonier, Serbier, Siebenbürger u. s. w., die durch die Gesetzgebung von 1848 so zu sagen in Ungarn incorporirt wurden, zwingt, auf dem Pesther Landtag zu erscheinen, auf dem zu erscheinen sie sich bis jetzt noch weigern!

Daß man in Oesterreich von dem neuesten magyarischen Programm nicht sehr erbaut ist, begreift sich un schwer. Mit Ausnahme einiger, magyarischen und slavischen Tendenzen dienlichen Parteiorgane erhebt sich die gesammte österreichische Presse — selbst die österr. Kreuzzeitung, „Vaterland“ nicht ausgenommen — einstimmig dagegen, indem sie die Mängel der staatsrechtlichen und politischen Argumentation des ungarischen Staatsmannes, sowie das Ungeheuerliche und für beide Theile Verderbliche nachzuweisen sucht, was in dem Gedanken der Reduktion des Verhältnisses zwischen Ungarn und Oesterreich auf eine bloße Personalunion liege. Es ist

bier nicht der Ort, auf die Einzelheiten der bezüglichen Diskussion näher einzugehen.

Für Oesterreich handelt es sich um eine Frage der Selbsterhaltung, und es ist nicht daran zu denken, daß die Regierung auf das von Pesth aus an sie gemachte Ansuchen eingehen wird. Sie wird höchst wahrscheinlich nachzuweisen bestrebt sein, daß es auch noch andere staatsrechtliche Motive zur Vertheilung der Streitfrage gebe, als die von Deak hervorgehobenen, und daß sie die Schlüsse, die er aus denselben gezogen, keineswegs anzuerkennen vermöge. Sie wird darauf hinweisen, daß die pragmatische Sanction die Bestandtheile der österreichischen Monarchie mit Einschluß von Ungarn als ein einheitliches und untheilbares Reich (regnum unum et indivisibile) hingestellt habe, und daß kein späterer Gesetzgebungsakt diesen obersten Satz des historischen Rechts habe beseitigen können; namentlich wird sie auch der Gesetzgebung von 1848 keineswegs die Kraft zuerkennen, den Bestand der Monarchie selbst in Frage zu stellen. Kurz, sie wird an dem Standpunkte des Patents vom 20. Febr. festhalten und im Uebrigen — weiter verhandeln.

Das Ende dieser Wirrnis ist vorerst nicht abzusehen. Nur so viel wird man sagen können, daß der weitere Verlauf des Streites nicht von dem Willen der Streitenden allein abhängen wird, sondern recht eigentlich auch von der Macht der Verhältnisse. Daß die Ungarn ihren Willen lediglich mit eigener Kraft durchzusetzen im Stande seien, das wird wohl selbst der entgegengesetzte Magyar nicht glauben. Ihre Hoffnung kann daher nur auf das Ausland gerichtet sein, mit dem ohne Zweifel sehr weitgehende und sehr intime Beziehungen bestehen. Aber wird das Ausland nach Wunsch helfen wollen und können? —

Wesit der Frieden erhalten, so wird die Lage der Ungarn, die jetzt schon ziemlich prekär ist, voraussichtlich noch prekärer werden. Jetzt schon scheiden die Nebenländer (partes annexae) ihre Vertretungen gar nicht oder nur ganz vereinzelt nach Pesth, und man hat dort keine Mittel, sie zu nöthigen. Wie? Wenn es der österreichischen Regierung gelingen sollte, den Riß zu einem unheilbaren zu machen? Dann würde Ungarn vollständig isolirt dastehen. Zu dem können die Magyaren sich nicht einmal darauf verlassen, daß alle Bevölkerungsteile Ungarns selbst durch die Dik und Dinn mit ihnen gehen werden; sollte einmal der Schwerpunkt der Macht nicht mehr in Pesth, sondern in Wien liegen, so würde der Szenenwechsel voraussichtlich nicht lange ausbleiben. So sagen wenigstens Solche, die Land und Leute in Ungarn kennen.

Wichtig freilich ein auswärtiger Krieg aus der die Kräfte Oesterreichs in Anspruch nimmt, dann können Ereignisse eintreten, die sich aller politischen Berechnung entziehen.

## \* Ein französisches Affentück.

Der Minister Villault verlas bekanntlich in der letzten Sitzung des französischen Senats ein Affentück, worin die französische Regierung ihre jegige Stellung zu der syrischen Angelegenheit präcisirt. Es ist dies eine Depesche, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Thouvenel, unterm 3. Mai an den Marquis Lavalette, französischen Gesandten zu Konstantinopel, gerichtet hat. In dem Eingange wird hervorgehoben, daß Frankreich die

syrische Expedition lediglich aus Gründen der Humanität übernommen und mit Loyalität ausgeführt habe; es habe bloß die Verwirklichung desjenigen Zweckes erstrebt, den Europa im Auge gehabt. Freilich hätte die französische Regierung es gern gesehen, daß eine durchgreifende politische und administrative Reorganisation, welche den nöthigen Schutz für die Christen in Syrien verbürgt hätte, der Räumung vorangegangen wäre. Die Mächte würden Dem wohl auch beigestimmt haben, wenn die Pforte damit einverstanden gewesen wäre; sie habe es jedoch vorgezogen, zu erklären, daß sie allein die Sorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu übernehmen wünsche und daß sie die dazu nöthigen Mittel habe. Darauf habe die Konferenz Rücksicht nehmen müssen. Die Depesche fährt nun fort:

Die osmanische Regierung hat dadurch eine Verantwortlichkeit auf sich genommen, welche ihr besondere Verpflichtungen, die wir berechtigt sind, im Augenblick unseres Abzugs aus Syrien geltend zu machen, auferlegt.

Nachdem wir durch Djer, welche Frankreich, wenn sie den Bevölkerungen zum Vortheil gereichen, nie bereuen wird, zur Wiederherstellung der materiellen Ordnung in dieser Provinz beigetragen, so könnte die kaiserl. Regierung nicht zugeben, daß dieselbe der Schanzplan neuen Ansehens würde. Sollte eine solche Eventualität sich verwirklichen, so würde sie die öffentliche Meinung in ganz Europa empören und von Seite der osmanischen Regierung eine Dohnmacht herbeiführen, für die man unvermeidlich Abhilfe suchen müßte.

Wir sind — es sei denn, daß die Pforte selber eine andere Kombination ansindig machte — durch eine Verpflichtung, deren Erfüllung wir, ohne dem durch einen Vertrag besiegelten Versprechen unter zu werden, nicht verweigern können, gehalten, Syrien zu räumen. Kraft dieses Vertrages haben wir unsere Truppen zur Mitwirkung hergegeben, und wir können nicht umhin, sie beim Ablauf der festgesetzten Frist zurückzurufen. Wir sind außerdem geneigt, die zur Okkupation erforderlichen Streitkräfte im gemeinsamen Namen Europa's zu stellen, und es ist uns nicht gestattet, den Charakter des Mandats, das uns die Mächte übertragen haben, umzuändern. Wir stellen uns die Frage, ob der Vorschlag nicht zeitgemäß sei, während einer neuen Frist die Mission unseres Expeditionskorps zu verlängern.

Die Diskussionen, zu welchen die erste Verlängerung und die unbedingten Erklärungen der Pforte Veranlassung gegeben haben, überzeugten uns, daß unsere eigene Würde und nicht mehr die Initiative zu einer solchen Eröffnung zu ergreifen gestatte. Es würde nur der über ihre eigenen Interessen besser aufklärten Regierung des Sultans zu kommen, diese Initiative zu ergreifen. Wir werden also in der durch den Pariser Vertrag festgesetzten Zeit Syrien räumen; wir werden dies aber nur thun, nachdem wir laut unserer Bestürzungen ausgedrückt und der Pforte inständig empfohlen haben, den Beweis zu liefern, daß sie wie sie behauptet hat, über die nöthigen Mittel verfügt, um die Christen gegen die Wiederkehr des über sie ergangenen Unglücks sicherzustellen.

Auf diese Weise werden wir gegen keine unserer Pflichten aus vergangen haben. Einerseits haben wir den Mächten die Gründe auseinandergesetzt, die uns zu dem Glauben veranlaßten, daß eine vor der administrativen Reorganisation des Libanon bewerkstelligte Räumung Syriens verfrüht sei; andererseits haben wir Nichts veräumt, um die Pforte zu verpflichten, allen Verbindlichkeiten, welche einer regelmäßigen Regierung ihren eigenen Unterthanen gegenüber zufallen, Genüge zu leisten.

Angeichts eines internationalen Aktes, Hr. Marquis, konnten wir nicht mehr thun, und unsere Verantwortlichkeit ist gedeckt. Aber der Ablauf der Zeit selbst, während welcher wir durch die in gemeinsamer Verhandlung und nach Uebereinkunft mit den übrigen Kabineten festgesetzten Nothwendigkeiten gebunden waren, gibt uns unsere vollkom-

## \*g. Ein Arzt in Kalifornien.

(Fortsetzung.)

Hullings war bräunlich, aber nicht ganz nüchtern; ein großer, starkbelegter Mann, in einem schwarzen Rock, eine merikanische Binde um den Leib, und mit jammerlichen hellgrünen Merikanerhosen. Er sah mich eine oder zwei Minuten trotzig an, und redete mich zuletzt mit einer heißen, nicht eben Wohlgenauigkeit verklärenden Stimme an: „Holla, Fremder!“ wissen Sie, wer ich bin?“

Ich war nicht allein, wie man denn in Kalifornien selten allein ist; drei oder vier „Badenhaber“ waren in meiner Arztstube, plaudernd und rauchend. Ich sah, wie ihre Augen bei Hullings' Eintritt sich erhellten, sie erwarteten Spektakel; ich hatte mir aber vorgenommen, ihnen nicht den Willen zu thun. Ich antwortete höflich: „Wenn Sie, mein Herr, wie ich vermuthen darf, Doctor Hullings sind, so freue ich mich recht sehr, Sie in meinem Zelt als einen Kollegen begrüßen und Ihre Bekanntschaft machen zu können.“

Hullings glöste wie ein abgeführter Esel. Meine Pantee-Gäste lachten unter einander in's Häußchen.

„Kollege!“ rief endlich Hullings aus. „Sie sind auch kein Blöder, den!“ ich mir. Was weiß ich denn, ob Sie was anders sind, als ein verlausener Schiffschirmer-Junge oder eines Apothekers Laufbursche, der da hergekommen ist, unsere Bürger zu vergiften, he?“

Darauf verlegte ich mit süßlicher Artigkeit, ich sei vollkommen bereit, meine Diplome und Certificat, Londoner und Edinburgher, zu seiner Einsicht vorzulegen, als Beglaubigung, daß ich ein ordnungsmäßig gebildeter und gehörig qualifizirter Arzt sei. Dr. Hullings fuhr mir aber mit der Erklärung sehr barsch davon, ich solle meinen Plunder für mich behalten, meine Zeugnisse seien wahrcheinlich falsch und ich selber ein Londoner Spießbube; und, leiblich, daß freigebo-

\*) Die bekannte echt-amerikanische Auredeweise anstatt des europäischen „Herr“.

Amerikaner sich nicht von eines verdammten Britischer's \*) Arzneien anführen oder von seinen feinen Manieren übel machen zu lassen brauchten!

Ich lächelte nur zu dieser Tirade, Hullings stampfte mit dem Fuße und machte einige unverantwortliche Bemerkungen über Großbritannien, die Königin Victoria und mein unehdliches Ich; doch immer hielt ich an mich. Endlich blühte der Doktor, indem er seine gewaltige Faust unangenehm hart mit am Gesichte schüttelte, wie ich mit Stachel und Meißel Willen verfertigend hantirte, heraus:

„Kurz und gut — Placerville ist meine Ansiedlung. Ich bin der Mann nicht, sag' ich Euch, Ihr Stillhüter, der sich seine Patienten abspannen oder auf seinem Grund und Boden wildern läßt. Ihr werdet wohl thun, Euch von hinten zu scheren, junger Mann, wenn Euch Cure Haut lieb ist.“

Ich versicherte ihm mit aller Höflichkeit, ich würde mich nicht „von hinten scheren“, auf keines Menschen Gehack. Ich dachte nicht daran, mich mit seinen Patienten zu bemengen, oder irgendwie von den Regeln der Berufsethik oder guten Nachbarschaft abzuweichen, und — da fuhr er mir mit „Ihr thätet am besten, vermuth' ich, Ihr verführer hergelaufener britischer Puschler, nicht zu lang mein Nachbar zu bleiben“, dazwischen, warf mir einen liebevollen Dolchblick zu, drückte sich den Panamahut tief hinein auf's zottige Haupt, spritzte einen ambrastfarbenen Strom von Tabakstrakt aus seinem weiten Mund in die Willenmasse, die ich ausrollte, und schwenkte sich hochfahrend hinaus.

Ich konnte an den Gesichtern der Zuschauer abnehmen, daß ich durch mein faulmüthiges Verhalten bedeutend in ihrer Schätzung gesunken war. Sie sahen darin Furcht, und sich der Freizügigkeit beschuldigen lassen zu müssen, kommt einem jungen Mann hart an. Doch machte ich gute Miene zu dem Handel, auch nahm meine Praxis entschieden zu, weniger wegen meiner Verdienste, als weil der Fülle immer mehr wurden. Der Goldbetrag war sehr ergebig nach den Regen;

\*) Pantee-Benennung, häufig abelgemeint, der „Engländer“.

frische Gräber strömten herbei; viele, darunter Neugekommene aus Europa, die bald von der harten Arbeit in der glühenden Sonne bei Tag, dem schweren Thau, in dem sie Nacht schliefen, dem dürrigen Obdach und dem überreichlichen Branntwein zertränkten. Leute die Menge mit mancherlei Beschwerden, neben Unfällen und Verletzungen bei Händeln im Kartenspiel oder Trinken, stellten sich ein. Ich hatte viel zu thun, und nahm sehr bald so viel ein, um durchzukommen, aber auch mehr nicht; denn in Kalifornien ist das Leben furchtbar kostspielig, und mit weniger als sechs Dollars täglich konnte ich meinen Unterhalt und den Bodenzins nicht bestreiten, den ich für die paar Fuß werthvoller Erde, auf der mein Zelt stand, zu zahlen hatte. Dann fand ich auch, daß die goldenen Träume, mit denen ich die Heimath verließ, sich wie vieler anderer Leute ziemlich als Schäume erwiesen. Ich hatte mir die Goldgräber als leichtsinnige verschwenderische Menschen vorgestellt, etwa so wie Matrosen auf einem „Zur“, die das Ausziehen eines Rahmes mit einem Goldklumpen so groß wie eine Gabeln behoh'ten und meine Handvoll Ghin mit eben so vielen Handvoll Gold vergäßen. Ich entdeckte meinen Irrthum, und daß Erzgräber eben so fest ihren Thaler Werth für ihren Thaler haben wollen, als irgend sonst ein Stand. Ja, trotz ihrer Spielsucht und andern kostspieligen Lasten möchte ich sie sparlos nennen, außer in Fällen einer starken Verführung.

Doch erwarb ich mir nach und nach Etwas, und vermochte einige Thalerchen als Gehaltslohn für den Schay bei Seite zu legen, auf den ich es ab sah und der mir eine der besten ärztlichen „Connexionen“ in Londoner West-End erkaufen und mich meine beruflichen Besuche in einem schmucken Brougham, zum Reid aller Beschauer, abstrahlen lassen sollte. Nicht nur erwarb ich mir etwas Baars, sondern auch, — was noch besser war, in dem gelegenen, herzlosen Land — einen festen Freund in einem gewissen Paul Stam, einem schlanken, jungen Amerikaner aus Virginien, und einem herzensguten Menschen, wie wenige in Placerville. (Fortsetzung folgt.)

meine Freiheit, zu beurtheilen und zu handeln, zurück (nous rend notre entière liberté d'appréciation et de conduite). Wir werden also keinen darüber sein, außerhalb jeder besondern Stipulation die Ereignisse zu prüfen, die etwa in Syrien eintreten könnten, und haben es der Natur nicht zu verhehlen, daß hundertjährige Uebelthätigkeiten und die Pflicht auferlegen würden, den Christen des Libanon einen wirksamen Schutz (appui efficace) gegen neue Verfolgungen zu gewähren.

Wollen Sie sich in diesem Sinn bei Kail-Pascha ansprechen und ihm diese Depeche vorlesen und davon Abkriest geben.

## Deutschland.

**Karlsruhe, 18. Mai.** Seine königliche Hoheit der Großherzog ist gestern Mittag um ein Uhr von dem Jagdausflug in das Murgthal wieder hierher zurückgekehrt.

**Heidelberg, 17. Mai.** (Fünfte Sitzung des deutschen Handelstags.) Nach Verlesung des Protokolls über die gestrige Sitzung gibt das Präsidium der Versammlung Kenntnis von einem Schreiben, das von Seiten eines deutschen Vereins in London an den versammelten Handelstag gerichtet ist, und worin diesem empfohlen wird, bei der 1862 stattfindenden Weltausstellung durch eine gemeinsame deutsche Zentralkommission die Interessen des deutschen Gewerbfleißes wahrnehmen zu wollen. Es wird sodann die Diskussion über den Antrag auf Einführung des deutschen Handelsgesetz-Entwurfs und die Organisation von Handelsgerechten weiter fortgesetzt. Der erste Redner ist Präsident Hansemann. Er vindiziert dem Handelstag als einer Versammlung von Kaufleuten das volle Recht, den Entwurf zu prüfen, ob er auch wirklich den Interessen des Handelsstandes entspreche. Er legt bei dem Antrag weniger Gewicht auf die nationale Bedeutung desselben, und will ihn vielmehr vorzugsweise hier als eine Zweckmäßigkeitfrage behandelt wissen. Er findet, daß einige Artikel der freien Assoziation hinderlich sind, und daß ganz besonders der Art. 25 von der Haftbarkeit der Firma den Interessen des Handelsstandes sehr gefährlich werden kann. Er findet übrigens, daß eine gute Handels-Prozessordnung viel wichtiger ist, als einzelne Bestimmungen in dem Gesetz, und will deswegen die Einführung des Handels-Gesetzbuchs an die gleichzeitige Einführung der Handelsgerechte und einer Handels-Prozessordnung gebunden wissen. Er unterstützt daher v. Sybel's Amendement (von gestern). Rigaup von Heidelberg hält die Mängel des Entwurfs, namentlich auch den Art. 25 für nicht so bedenklich, daß man darüber das Ganze vergesse. Er ist der Ansicht, daß, wenn die Regierungen diese Mängel gegründet finden, sie auch Abhilfe dafür schaffen würden, und empfiehlt die Annahme en bloc. Abg. v. Kerstorff als Jurist bricht eine Lanze für den vielfach angegriffenen Art. 25 und sucht zu beweisen, daß die gefährliche Art. 3 desselben keinen Rechtsgrund hat, sondern nur einen Ausnahmefall enthalte, und daß der Handelsstand durch viele andere Artikel gegen die etwaige nachtheilige Auslegung desselben geschützt sei. Er meint im Gegentheil, es würde durch den Wegfall dieser Alinea eine Rechtsunsicherheit entstehen. Abg. Dr. Weigel aus Breslau tritt diesem entgegen und warnt die Versammlung, nicht durch ein allzu unbedingtes Votum die Meinung zu erregen, als halte sie den Entwurf für ganz gut und vollkommen. Abg. v. Sybel spricht noch einmal eindringlich für die Aenderung des Art. 25 vor der Einführung und besteht namentlich darauf, daß zu Art. III. des Antrags ein Satz über die Vollständigkeit des Urtheils der Handelsgerechte im ganzen Bundesgebiete eingeschaltet werde (was später angenommen wird). Es sprechen noch die Abgeordneten von Wülheim am Rhein, Köln und Nürnberg für ihre Amendements. Da vielseitig der Schluß verlangt wird, ergreift noch einmal der Berichterstatter Dr. Goldschmidt von hier das Wort und rechtfertigt in einem kurzen, glänzenden Vortrag die Vorschläge der Vorkommission, indem er namentlich die nationale Seite hervorhebt und in einer einheitlichen Gesetzgebung ein weiteres Bindemittel zur Einheit Deutschlands erblickt, das jedes Bundes gegen die drohende Zersplitterung bedürfe. Bei der nun folgenden Abstimmung über die einzelnen Paragraphen werden theils im Interesse der Sache einige Amendements zurückgezogen, andere vereinigen sich mit einander, und so wird zunächst der §. 1 nach dem Vorschlage Behrend's in zwei gesonderte Theile zerlegt und die zweite Hälfte zu §. 6 verwiesen. Die §§. 2, 4 und 5 werden unverändert angenommen, der §. 3 mit dem Zusatz v. Sybel's über die Vollständigkeit der Urtheile im Bundesgebiet. Da die Zeit weit vorge-rückt ist und zu §. 6 noch einige Amendements zu erledigen sind, so wird die Sitzung geschlossen und der Schluß der Verhandlung auf morgen früh 8 Uhr festgesetzt. Morgen das Weitere.

**Heidelberg, 18. Mai.** (Sechste Sitzung des deutschen Handelstags.) Die Sitzung beginnt heute schon um 8 Uhr. Nach Verlesung des Protokolls stellt der Abg. Behrend den Antrag: an Se. Königl. Hoheit den Großherzog eine Deputation zu schicken, um Höchstdemselben die Gefühle der Ehrerbietung und des Dankes von Seiten der Versammlung darzubringen. Dieser Antrag wird mit allgemeinem Beifall angenommen, und sofort eine Deputation bezeichnet, welche aus Vertretern von Preußen, Bayern, Hannover, Württemberg, Sachsen und den Hansestädten besteht, und welche sich diesen Nachmittag nach Karlsruhe begeben wird, wozu (wie später mitgeteilt wurde) die großh. Eisenbahn-Verwaltung in zuvorkommendster Weise sich erbot, den betreffenden Mitgliedern die nöthigen Wagen zur Verfügung zu stellen. Es wird sodann zur Wahl der 15 Mitglieder des bleibenden Ausschusses geschritten, die Feststellung des Statutums aber einer besondern Kommission überlassen, dessen Resultat später bekannt gegeben werden. Dagegen erfolgt sogleich ein Resultat in Bezug auf die Wahl des Orts für die nächste Versammlung, wozu mit überwiegender Stimmenmehrheit (64 Stimmen) München bestimmt wird. In Vorschlag waren noch: Leipzig, Nürnberg, Braunschweig,

und Stuttgart. Es wird sodann die Verhandlung über den gestern begonnenen vierten Hauptantrag (Handelsgesetzbuch) zu Ende geführt, und die Abstimmung erzielt folgende Fassung, welche ich Ihnen vor Postabgang noch mittheile.

### Der deutsche Handelstag erklärt:

I. Der Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs nach den Beschlüssen der letzten Lesung möge sofort und unverändert in allen deutschen Bundesstaaten eingeführt werden.

II. Bei Einführung des Handelsgesetzbuchs möge durch die Regierungen und Stände der einzelnen Bundesstaaten von dem in Art. 1, Alin. 3 des Handelsgesetzbuchs gemachten Vorbehalt kein Gebrauch gemacht werden.

III. Es möge überall und möglichst gleichzeitig mit dieser Einführung die Organisation von Handelsgerechten in Angriff genommen werden, und zwar nach folgenden leitenden Prinzipien:

- 1) In Handelsfällen entscheiden nur Handelsgerechte.
- 2) Handelsgerechte sind an allen denjenigen Orten zu errichten, wo die Verhältnisse eine sachgemäße Besetzung derselben ermöglichen.
- 3) Die Urtheile der Handelsgerechte werden von kaufmännischen Richtern unter einem rechtsgelehrten Vorsitzenden gefaßt.
- 4) Bei Errichtung von Appellationsgerichten in Handelsfällen ist auf geeignete Berücksichtigung des kaufmännischen Elements Bedacht zu nehmen.
- 5) Das Verfahren vor Handelsgerechten ist ein summarisches, mündliches und öffentliches.
- VI. Es möge durch Vereinbarung der deutschen Regierungen und Stände baldmöglichst ein gemeinsamer oberster deutscher Gerichtshof zur Erhaltung der Einheit und gemeinsamen Fortbildung des deutschen Handelsrechts ins Leben treten.
- V. Es mögen sich die deutschen Regierungen über ein oder mehrere Zentralblätter behufs der durch das Handelsgesetzbuch vorgeschriebenen Veröffentlichung der im Handelsregister einzutragenden Bemerkungen einig.
- VI. Es mögen die deutschen Regierungen und Stände alsbald eine Kodifikation des Fallitenrechts und des gesammten bürgerlichen Verfahrensrechts für sämtliche deutsche Bundesstaaten in Angriff nehmen, und bei dieser Gelegenheit

1) über die gleichmäßige Besetzung des in den Art. 25, Alin. 3, Art. 46, Alin. 2, Art. 87, Alin. 2, Art. 113, Art. 129, Alin. 5, Art. 135, Alin. 4, Art. 155, Alin. 3, Art. 171, Alin. 3, Art. 233, Alin. 2, aufgestellten, die erforderliche Sicherheit des deutschen Handelsverkehrs in empfindlicher Weise beeinträchtigenden Prinzipien Bedacht nehmen;

2) auf eine gleichmäßige Revision der Zahlreihen, in dem Handelsgesetzbuch an den kaufmännischen Ständen eines oder beider Beihilflichen geknüpft, insbesondere der in den Art. 309—311, 313, 297 aufgestellten eigentümlichen Rechnungsgrundlagen Bedacht nehmen;

3) die praktisch und durchführbare Scheidung zwischen einer Kommanditgesellschaft und einer stillen Gesellschaft (Art. 150 ff., 250 ff.) beseitigen;

4) die in den Art. 345, Alin. 3, Art. 349, Alin. 2, enthaltenen Normen in geeigneter Weise ergänzen.

Hinsichtlich eines eingebrachten vielfach unterstützten Amendements auf Erlassung eines allgemeinen deutschen Eisenbahn-Gesetzes wird beschlossen, daß die Sache dem bleibenden Ausschuss zur weiteren Vorbereitung der Frage für den nächsten Handelstag zu überweisen sei.

**Donauessingen, 14. Mai.** (Sch. M.) Die Leiche der hochseligen Fürstin Elisabeth kam gestern Abend 4 Uhr in Begleitung des Prinzen Emil von Fürstberg aus Berlin hier an. Die Theilnahme an diesem Trauerfall hatte sich schon in Freiburg, wo der Sarg in der protestantischen Kirche in der vorigen Nacht niedergelegt war, kundgegeben, und dies war auch auf dem ganzen Weg hierher, besonders in den Distrikten des ehemaligen Fürstenthums Fürstberg, der Fall, indem der Trauerzug überall von der Bevölkerung, Geistlichkeit und den Trübschörden an der Spitze, empfangen wurde. Hier wurde derselbe vor der Stadt erwartet und in großem, feierlichem Zug unter Trauermusik, Gesängsalten und Geläute der Glocken zum Schloß geleitet. Nach einer Ansprache der Geistlichkeit bewegte sich der Zug weiter nach dem Ort Neudingen, wo der Sarg in der Kirche, welche die fürstliche Familiengruft birgt, auf einen Katafalk erhoben und ein Trauer-Gottesdienst gehalten wurde. In diesem einfach schon ausgestatteten Tempel wird die Leiche ruhen bis zur Ankunft des Fürsten Karl Egon, der zur Zeit noch in Berlin zurückgehalten ist. Alsdann wird die förmliche Beisetzung stattfinden. Unsere Fürstfamilie ist durch diesen Verlust schwer betroffen; das Mitgefühl und die Theilnahme bei dem frühen Hintritt der jungen Fürstin ist aber auch eine allgemeine.

**Stuttgart, 16. Mai.** Die Musterungen unserer Truppen durch Se. Maj. den König, die königl. Prinzen und die Generalität haben begonnen und werden täglich in den verschiedenen Garnisonen fortgesetzt, wobei der König, obgleich im 80. Lebensjahre stehend, doch jedes Mal rüstig zu Pferde erscheint. Morgen wird die Musterung zu Ludwigsburg vorgenommen. Inzwischen hat ein Theil der Artillerie Omäud als Garnison bezogen, um im dortigen Schießthal die Schießübungen vorzunehmen; eines der beiden Jägerbataillone ist nach Urach aufzubrechen, um in dem nahe gelegenen Schießthal ein Lager zu beziehen und gleichfalls Schießübungen vorzunehmen. Wie die Artillerie in Omäud bald durch andere Abtheilungen, so wird auch das 1. Jägerbataillon bald durch das 2. wie im vorigen Jahre und nachher durch Abtheilungen der übrigen Infanterieregimenter abgelöst werden. So geht es fort bis zum Herbst, wo größere Uebungen des ganzen Armeekorps stattfinden und dieses in ein großes Lager zusammengezogen wird, welches in der Nähe von Rättingen, also unmittelbar bei dieser Station der Oberndorferbahn, aufgeschlagen werden wird. Es wird überhaupt Alles aufgegeben, um die Truppen vollkommen schlagfertig zu machen, wie denn auch die für 6 Wochen einberufene diesjährige Altersklasse der Landwehr in dieser kurzen Zeit so vorzüglich eingeebnet worden ist, daß der König bei der gestrigen Musterung der drei hiesigen Infanterieregimenter zugetheilten Landwehr seine volle Zufriedenheit mit ihren Leistungen ausgesprochen hat. Die Landwehr wird nun in einigen Tagen wieder entlassen werden, da die von den Ständen für ihre Einberufung bewilligte Zeit von 6 Wochen in einigen Tagen abläuft. Ueberhaupt macht sich jetzt schon der Einfluß des Turnunter-

richts bei der Jugend auf die raschere und bessere Ausbildung der Rekruten bemerkbar, was natürlich später, je allgemeiner der Turnunterricht werden wird, noch in erhöhtem Grade der Fall sein wird. Von unserer Artillerie sind einige Offiziere und Unteroffiziere nach Berlin geschickt worden, um dort in der Bedienung der gezogenen Geschütze — welche Württemberg von Preußen bezogen hat — gründlich eingeebnet zu werden und nachher die übrigen Offiziere und Unteroffiziere, sowie die Mannschaft darin einüben zu können. Beim Generalkriegsschule in Ludwigsburg ist dormalen ein Unterrichtskurs zur höhern Ausbildung für Offiziere aller Waffengattungen eröffnet, an welchem auch der Graf Karl Alexander von Württemberg, Sohn des Dichters der „Lieder des Sturms“ Theil nimmt.

Nächste Woche, am Donnerstag den 23. d. M., wird Ihre Maj. die Königin der Niederlande, Tochter unseres Königs, zum Besuch am hiesigen Hofe erwartet. — Unsere Königin, die sich seit 14 Tagen etwas unwohl befand, wird sich demnächst zu einem längeren Aufenthalt nach Friedrichshafen begeben. Der sonstige alljährliche Besuch der Königin in Rißingen wird dem Vernehmen nach für dieses Jahr unterbleiben, doch ist es noch unbestimmt, ob sie dafür nicht von Friedrichshafen aus später ein anderes Bad besuchen wird. Der Kronprinz und die Kronprinzessin, welche sich seit ihrer Rückkehr aus St. Petersburg sehr zurückgezogen verhielten, da die Kronprinzessin noch um ihre verstorbene Mutter, die Kaiserin, in der Trauer ist, haben gestern ihre Villa bei Berg bezogen und werden dort einen großen Theil des Sommers zubringen. Am nächsten Montag gehen sie zu einem Besuch der Schwarzwald-Gewerbeausstellung nach Rottweil.

**München, 17. Mai.** Die „Südd. Zig.“ schreibt: Von der Mainzoll-Konferenz ist außer der Ermäßigung der Mainzölle auch eine wesentliche Herabsetzung der Refognitionsgebühren beschlossen worden. Der Bevollmächtigte Nassau's hatte schon vorige Woche München verlassen, so daß es den Anschein gewann, die Konferenz werde resultatlos bleiben; derselbe war indessen veranlaßt, nochmals hieher zurückzukehren, worauf dann ohne weitere Hindernisse der befriedigende Abschluß der Verhandlungen erfolgte.

**Sermersheim, 16. Mai.** (Pfalz. Zig.) Gestern passirten drei Deserteure des k. k. österreichischen 16. Infanterieregiments (Baron Bernhart), von Mainz kommend, in der frühesten Morgenstunde die Glacisstraße der hiesigen Festung und gelangten bis zu der bei Bellheim gelegenen Wappenschmied-Mühle, wo sie sich in einer Scheuer dem Schlaf überließen. Von zwei Gendarmen aufgesucht und nach Papieren befragt, schlug einer der Deserteure den vortretenden Gendarmen mit einem Knüttelstock nieder, worauf dieser, stark blutend, sich aufraffte und gegen den zweiten Schlag nur durch Abwehren seines Gewehres sich schützen konnte, während sich der andere Gendarm gegen die übrigen zwei Deserteure zu vertheidigen hatte, bis Beide durch Hilfe herbeigeeilter Landleute überwältigt waren. Diese drei Ausreißer sind Venetianer, welche die französische Grenze zu erreichen suchten. Der verwundete Gendarm mußte nach Bellheim gebracht werden und die beiden Verhafteten sind einer gerichtlichen Untersuchung überliefert. Der durch den Schuß Getödtete wird nach gerichtlicher Besichtigung beerdigt werden.

**Frankfurt, 17. Mai.** Die hier erscheinende „Zeit“ sagt in Bezug auf die bevorstehende Militärkonferenz zu Würzburg, daß diesmal nicht die Kriegsminister und Generale, die im vorigen Jahr dort tagten, kommen werden, sondern nur ihre Bevollmächtigten. So weit sei das Werk bereits gediehen, daß es eigentlich nur noch der Formulierung im Einzelnen bedürfe; eine lebhafteste Korrespondenz, an welcher zum Theil die Souveräne selbst sich betheiligten, habe dahin geführt. Es handle sich dabei um nichts Geringeres, als um die Ausführung der acht letzten Artikel (§§. 5—12) der Konvention vom 5. Aug. v. J.: um die Ernennung eines gemeinschaftlichen Oberbefehlshabers für das 7., 8., 9. (und 10.?) deutsche Armeekorps, um die definitive Zusammensetzung seines Stabs und Hauptquartiers, um die Befehlshaber und ihre Stäbe für jedes einzelne dieser Armeekorps, um die innere Organisation dieser Truppenmacht, um die Verabredungen über Sammelpunkte, Eisenbahn-Transporte, Durchmärsche, Verpflegung, kurz um die fertige Vereinstellung der Armee für die Gruppe der deutschen Mittelstaaten. „Das ist — fährt die Gruppe der deutschen Mittelstaaten.“ Das ist — fährt das genannte Blatt fort — die Antwort auf den preussischen Antrag vom 2. Mai. Preußen hat darin ausdrücklich verlangt: nicht bloß, daß die Verteilung der deutschen Streitkräfte zwischen den beiden Großmächten vereinbart werde, sondern daß diese, allerdings mit Zustimmung der Bundesversammlung, auch über die Verteilung der anderen Kontingente zu entscheiden hätten. Hier nun will sich den Heeren der beiden Großmächte eine fertige Armee von 150,000 Mann ebenbürtig gegenüberstellen, die sicherlich nicht dazu zusammengebracht wird, um sich dann wieder vertheilen zu lassen. Der ist der Widerspruch nur für gewöhnliche Menschenkinder vorhanden? Besteht im Grund ein tieferes Einverständnis, durch welches plötzlich auch die kluge Politik an der Seine sich überrascht sehen wird? Preußen ist wenigstens nicht ohne Kunde von diesen Dingen geblieben; Bayern selbst hat es, und zwar im Auftrag der Konventionsstaaten, von deren Absichten unterrichtet.

**Frankfurt, 17. Mai.** (Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 16. d. M.) Von Seiten Oesterreichs wurde bezüglich des von dem königl. preussischen Gesandten am 2. d. M. eingebrachten Antrags in Betreff der Revision der Bundes-Kriegsverfassung eine Erklärung abgegeben, in welcher die kaiserl. Regierung sich über ihre Stellung zu diesem Antrage mit Beziehung auf die in Berlin gepflogenen Verhandlungen ausspricht. Diese Erklärung ward an den Ausschuss für Militärangelegenheiten gewiesen.

Sachsen-Roburg-Gotha brachte den Wunsch zur Sprache, daß der Antrag von Großherzogthum Hessen auf Interpretation

tion des das Vereinswesen betreffenden Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 in seiner Anwendung auf den sog. Nationalverein einer Erledigung entgegengeführt werde; Großherzogtum Hessen äußerte feinerseits denselben Wunsch, und beide Eröffnungen wurden an den politischen Ausschuss verwiesen.

Auf Antrag des Militärausschusses wurde wegen Unterbringung gezogener Geschütze in den Bundesfestungen Anordnung getroffen, die Herrichtung eines Schießplatzes in Landau genehmigt, und die Dotation der Bundesfestung Luxemburg für das Jahr 1861 festgestellt. Auch wurde Handelsleuten für nachgewiesenen Verlust bei einer Proviantlieferung ausnahmsweise im Gnadenwege eine Entschädigung bewilligt.

**Kassel, 16. Mai. (Zeit.)** Die Wahlmänner des hiesigen Landwahlbezirks haben heute gezeigt, daß sie sich eben so wenig durch betrübliche als durch schmeichelnde Handlungen und Versprechungen irren lassen; sie haben den vor einigen Tagen „wegen feindseliger Parteinahme gegen die Staatsregierung“ vom Amt suspendirten Bürgermeister Bernhardt von Niese mit der an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit von 45 Stimmen von 50 wieder zum Abgeordneten gewählt. Mit Knobel in Epten wird es aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso gehen. [Bürgermeister Wachsmuth zu Sooden, der dritte der gemäßigtesten Abgeordneten, ist dagegen der „Hess. M. Ztg.“ zufolge nicht wieder gewählt worden. Man hat statt seiner auf den Widerspruch des wahlleitenden Landraths hin einen andern verfassungstreuen Mann, Hrn. Bürgermeister Baubel von Langenhain, gewählt.]

**Hannover, 16. Mai.** Auch aus Lüneburg ist an Hrn. v. Bennigsen eine Zustimmungsadresse abgegangen. Das Adressat trägt 80 Unterschriften. Aus Emden empfängt dasselbe Blatt eine Abschrift der Zustimmungsadresse an Hrn. v. Bennigsen nebst 131 Unterschriften.

**Berlin, 17. Mai.** Die Mitglieder des Herrenhauses haben gestern Abend und im Laufe des heutigen Tages zum größten Theil Berlin verlassen. Eine bedeutende Anzahl derselben war gleich nach der Schlußabstimmung über die Grundsteuerfrage in die Heimath gereist. Viele Mitglieder werden an den nach den Pfingstferien noch erfolgenden Beratungen nicht mehr Theil nehmen. — Im Abgeordnetenhaus wurden heute die Grundsteuervorlagen in der Fassung des Herrenhauses nach ganz kurzer Erörterung angenommen. Der Finanzminister sprach beiden Häusern des Landtags für ihre patriotischen Beschlüsse den Dank der Regierung aus. — Auch in der Militärfrage dürften ernste Konflikte nicht eintreten. Von mehreren Seiten werden eifrige Anstrengungen gemacht, um in Bezug auf das Budget des Kriegsministeriums eine Ausgleichung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Schon soll es keinem Zweifel unterliegen, daß in einigen wichtigen Punkten ein großer Theil der liberalen Partei des Abgeordnetenhauses den Reduktionsvorschlägen der Kommission nicht beitreten werde. In Betreff anderer Punkte hofft man auf dieser Seite, die Regierung werde sich mit einer Ermäßigung ihrer Ansprüche einverstanden erklären. Namentlich scheint die Opposition ihre Einwendungen gegen die neuen Kasernenbauten, sowie gegen die Errichtung eines Kabinetthauses in Weisensfeld nicht aufgeben zu wollen. Ob das Kriegsministerium es für zulässig halte, besonders von dieser letzteren Anlage noch Abstand zu nehmen, haben wir bis jetzt nicht erfahren. — Gestern Vormittag hatte der Minister des Auswärtigen v. Schlegel eine längere Besprechung mit dem diesseitigen Bundeestags-Gesandten v. Uffo. Hr. v. Uffo begibt sich dieser Tage auf seine Besitzungen nach der Insel Rügen und wird erst zu Ende der nächsten Woche auf seinen Posten nach Frankfurt zurückkehren.

**C.S. Berlin, 17. Mai.** Das Abgeordnetenhaus empfing heute den Dank der Regierung für das Zustandekommen der Grundsteuererlasse, setzte aber sofort auf dieses Gefühl der Genugthuung einen Dämpfer auf, indem es den Beschluß, daß das in den §§. 72 und 74 bezeichnete Verfahren für Berlin und Charlottenburg nicht bei dem Polizeipräsidenten in Berlin, sondern bei der Regierung in Potsdam stattfinden soll, trotz der Bitte des Regierungskommissärs aufrecht erhielt, so daß das Gesetz noch einmal in's Herrenhaus wandern muß. Auch die Debatte über den Erlaß eines Unterrichtsgesetzes wurde von dem ungeduldrigen, schwach besetzten Hause zu Ende geführt und um 2 Uhr die Sitzung geschlossen. Man unterhielt sich in den Pausen viel über die bevorstehende radikale Reorganisation des Polizeipräsidenten, welche beschlossen ist und in den nächsten Tagen ausgeführt wird, — wahrscheinlich noch vor der Berathung über das Budget des Ministeriums des Innern.

**Wien, 17. Mai.** Sr. Maj. der Kaiser ist gestern Abend nach Triest abgereist. — Hr. v. Schmerling hat eine aus dem Prof. Fessler, Pastor Mikulajich und Ministerialrath Zimmermann bestehende Kommission niedergesetzt, welche sich mit den Vorarbeiten zur Revision des Konkordats beschäftigen und insbesondere die dem Reichsrath angeklagte Vorlage über die Regulirung des Verhältnisses zwischen der katholischen und altkatholischen Kirche ausarbeiten soll. — Aus Maribor im Riesengebirge kommt die tragische Kunde, daß Graf Aichelburg, Guts- und Flachspinnerei-Besitzer, einer der hervorragendsten Männer der Gegend, sich durch einen Pistolenschuß das Leben genommen hat.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wesb, 17. Mai. (Zeff. Bl.)** In der heutigen Unterhausung sagte Eotvös seine Rede, wie folgt, fort: „Trotz Ungarn in den Reichsrath ein, so könnte es einen überwiegenden Einfluß ausüben; es wolle aber nicht den Ruin Oesterreichs, sondern nur das Recht. Die ungarische Sache sei mit den Interessen der übrigen Völker der Monarchie, sowie mit den Einheitsideen Deutschlands und Italiens solidarisch und könne auf die Dauer nicht unterliegen.“ Es sprach ferner noch Ivanka, Terenyi und Baroczy gegen

eine Adresse. Beide motivirt die Zweckmäßigkeit einer Adresse; Pap spricht für eine Adresse. Beim Schluß der Sitzung um 2 Uhr waren noch 70 Redner vorgemerkt.

**Wesb, 17. Mai. (Zeff. Bl.)** Ein Telegramm des „Sürgöny“ aus Wien meldet: Der vor einigen Wochen inhaftirte Honvedgeneral Asboth sei durch eine gestrige königliche Entscheidung bedingungslos freigelassen worden.

**Agram, 16. Mai.** In der heutigen Landtags-sitzung wurde Protest eingelegt gegen die Publikation des allerb. Patentes vom 26. Februar, das Bedauern hierüber ausgedrückt, und der Banus ersucht, die Publikation einzustellen. Weiter wurde der Banus ersucht, die allsogleiche Uebersendung der Abdikationsurkunden zu erwirken und telegraphisch beim Hofkassier anzufragen, ob über die vom Landtage Sr. Majestät telegraphisch unterbreitete Bitte die inhaftirten Dalmatiner freigelassen worden sind, oder was sonst diesfalls geschehen sei. Endlich wurde der Banus wegen der gegen die Lehrer des Fünmaner Gymnasiums eingeleiteten Untersuchung interpellirt und angegangen, die Vorlage der Akten an den Landtag zu veranlassen.

#### Schweiz.

**Bern, 17. Mai. (Bund.)** Von den Abgeordneten des Berner Hilfskomitees für Glarus ist gestern Abend folgende Depesche eingetroffen: „Nach den neuesten sorgfältigsten Erhebungen des Hilfskomitees beträgt der Gesamtschaden das Doppelte der früher angegebenen Summe, nämlich vierzehn bis sechzehn Millionen. Durch Affekuranzen werden bloß etwa vier und eine halbe Million gedeckt, von welchen die Häuseraffekuranz mit drei Millionen einzig wieder vom Lande Glarus zu leisten ist.“

Am 13. d. wurden die Gewölbe der Bank eröffnet. Banknoten, Depositen, Baarschaft, Alles fand sich durchaus unversehrt, so daß der Brandschaden der Bank an Valoren, Effekten etc. nur circa 5000 Fr. beträgt. Der schöne Kirchenschatz ist gänzlich gerettet. Der Kelch Zwingli's, den er als katholischer Geistlicher bei der Messe gebrauchte, ist erhalten.

#### Italien.

\* Man schreibt von Rom, daß das Erdbeben in Umbrien bedauerliche Folgen gehabt habe. Die berühmte Kathedrale von Orvieto hat Schaden genommen.

\* Briefe aus Neapel vom 14. melden, daß die Provinzen ruhig sind. Die Kommissäre sind abgereist, um über den Eingang der indirekten Steuern zu wachen. Die ungarische Legion zählt 2000 Mann. General Turr hat den Oberst derselben verhaften lassen. Turr gibt in einem der Deffentlichkeit übergebenen Brief den Grund dieses Verfahrens an. Er macht dem Obersten den Vorwurf, den Ansichten Kossuth's entgegen gewesen zu sein und Italien kompromittirt zu haben.

#### Frankreich.

**Paris, 17. Mai.** Man weiß noch immer nicht gewiß, ob die Gesess. Session am 5. Juni geschlossen oder, wie man sagt, auf weitere 14 Tage verlängert werden wird. Was für den Schluß der Session spricht, ist, daß viele Senatoren und Abgeordnete Mitglieder der Generalräthe sind, für welche am 15. und 16. Juni Neuwahlen im ganzen Kaiserreich stattfinden werden, wobei es dieses Mal etwas lebhafter als gewöhnlich hergehen dürfte. — Man versichert neuerdings, daß der Prinz von Dranien im nächsten Monat nach Frankreich kommen und der Kaiser nach dem Lager von Chalons begleiten wird. Außer mehreren hohen Personen, wie Graf Alvensleben und General Tollben, werden, wie man versichert, auch mehrere Prinzen im Lager erwartet. — Man glaubt allgemein, daß Thiers den ihm sonderbarer Weise von der Akademie zuerkanntem Preis von 20,000 Fr. nicht annehmen wird. — Die Mirès'sche Angelegenheit dürfte gegen Ende des Monats spruchreif sein. — Die ersten 6 bis 700 der 2000 englischen Arbeiter, welche zur Befestigung der französischen Hauptstadt und ihrer Kunst- und Industrieanstalten nach Paris kommen, werden morgen früh eintreffen. — Nach Toulon wurde Befehl erteilt, daß das ganze Evolutionsgeschwader nach Syrien abzugehen habe.

#### Belgien.

**Brüssel, 14. Mai. (Fr. Z.)** Der neue französisch-belgische Handelsvertrag hat in den Kammerabstimmungen die beste Aufnahme gefunden. Der Bericht des Hrn. d'Hoffschmid, der eben vertheilt worden ist, fordert die Kammer auf, denselben ohne Bedenken zu ratifiziren, was auch keinem Zweifel unterliegt.

#### Amerika.

**Neu-York, 30. Apr. (W. Z.)** Commodore Stringham übernimmt vom 1. Mai den Befehl als Admiral über die ganze Blockadeflotte. — Die von dem Schatzsekretär in Washington beschlossene Anleihe beträgt nicht (wie ein Telegramm irrig berichtet) 40, sondern nur 14 Mill. Dollars.

**Neu-York, 4. Mai.** Präsident Lincoln hat wieder eine Proklamation erlassen, worin er 42,000 Freiwillige aufruft — 23,000 für die reguläre Armee und 18,000 für die Flotte. Eine Deputation aus dem westlichen Virginien hat dem Präsidenten Lincoln angezeigt, daß West-Virginien die Union unterstützen werde, wenn man die Bevöllerung bewaffne. Der gemietete Dampfer „Atlantic“ ist angekommen und berichtet, daß er Fort Pickens verstärkt hat, ohne auf Widerstand von Seiten der Secessionisten zu stoßen. Baltimore ist ruhig. In der Gesetzgebung von Maryland ist ein der Bundesregierung sehr feindseliger Bericht über die Bundesbeziehungen durchgegangen. Die Mehrheit des Ausschusses soll aus Secessionisten bestehen. Der Gouverneur von Missouri fällt in seiner Botschaft an die Gesetzgebung ein verdammendes Urtheil über die Maßregeln von Lincoln's Regierung. Der südliche Kongreß versammelte sich in Mont-

gomery am 29. v. M., nachdem Präsident Davis seine Botschaft veröffentlicht hatte. In diesem Aktenstück zeigt er die Ratifikation einer permanenten Konstituierung verbündeter Staaten an. Gleich nach den Wahlen würden Beamte ernannt werden, um die Verwaltung zu führen. Da Präsident Lincoln dem Bunde den Krieg erklärt habe, so sei der Zusammentritt des Kongresses notwendig, um die Staatskasse zu füllen und für die Verteidigung des Landes zu sorgen. Nach diesen Mittheilungen mustert der Präsident die Beziehungen zwischen den Staaten und verfolgt den Gang der Ereignisse, die zu ihrer gegenwärtigen feindseligen Stellung geführt haben. Indem er von dem Besuch der südlichen Kommissäre in Washington spricht, sagt er, daß die Geschichte der frummen diplomatischen Schleichwege kaum ein Beispiel von solchem Mangel an Artigkeit und Aufrichtigkeit liefern könne, wie das Verfahren der Unionsregierung gegen jene Bevollmächtigten zeigte. Er spielt auf die kluge Behutsamkeit an, deren sich die Flotte vor Charleston während des Bombardements von Fort Sumter bedient, und machte den Carolinern ein hohes Kompliment zu ihrer Rücksicht vor, und zu ihrem Heldemuth und ihrer Großmuth nach dem Kampfe. Bevollmächtigte (Commissioners) seien nach England, Preußen, Frankreich und Belgien gesandt worden, um die genannten Nationen zu ersuchen, daß sie die Verbündeten Staaten als eine unabhängige, zum Abschluß von Handels- und Freundschaftsverträgen berechnete Macht anerkennen möchten. Andere diplomatische Agenten würden nun ernannt werden. Der Bund (Confederacy) habe durch Mr. Stephens eine Ueber-einkunft mit Virginien geschlossen, welches kraft derselben seine Kraft und seine Schicksale mit denen des Südens vereinigt habe, und andere südliche Staaten hätten versprochen, dieselbe Bahn einzuschlagen. Die meisten exekutiven Departements seien schon in erfolgreicher Thätigkeit.

Am Schluß der Botschaft wird dem Bund zur patriotischen Hingebung all seiner Bürgerklassen Glück gewünscht, indem Männer von hoher amtlicher und sozialer Stellung und großem Vermögen bereitwillig in die Reihen der Freiwilligen getreten seien, während die Eisenbahn-Gesellschaften, gegen die bloße Sicherheit von Bundesheeren, die Beförderung der Poststellen zu niedrigen Sätzen anbieten. Bei ihrer Einigkeit und Entschlossenheit könnten die Männer des Südens nicht scheitern. Sie hätten eine gerechte und heilige Sache, und er beuheere in ihrem Namen feierlich im Angesicht der Menschheit, daß sie den Frieden um jeden Preis, außer dem ihrer Ehre und Unabhängigkeit, wollten. Sie suchten keine Eroberung, keine Vergrößerung, kein Zugeständniß von den freien Staaten des Nordens. Alles, was sie verlangten, sei, daß man sie in Ruhe lasse und daß Niemand sie mit Gewalt der Waffen zu unterjochen suche; Dem würden und müßten sie den äußersten Widerstand entgegensetzen. Vom Augenblick, wo diese Absicht aufhöre, würde ihnen das Schwert aus der Hand sinken und würden sie bereit sein, gegenseitig vortheilhafte Handels- und Freundschaftsverträge einzugehen. So lange jene Präntension dauere, würden sie in festem Vertrauen auf jene göttliche Macht, die jede gerechte Sache in ihren Schutz nimmt, für ihr angeborenes Recht auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstregierung fortzukämpfen.

Lord Lyons hat dem Gerücht widersprochen, daß er den Versuch gemacht habe, durch seine Vermittlung einen Waffenstillstand zuwege zu bringen. Mr. Secretary Seward hat seinerseits einem ähnlichen Gerücht widersprochen, in den Worten: „Es ist kein wahres Wort an dem Gerücht von einem Waffenstillstand. Mit dergleichen (that sort of business) war's am 4. März zu Ende.“

#### Neueste Lebantepost.

\* **Konstantinopel, 16. Mai.** Dmer Pascha ist heute nach Kustendische abgereist; er läßt einer veröhnlichen Proklamation die Anzeige von der Verminderung der Steuern, des Erlasses der zu zahlenden Rückstände und des freien Wahlrechts der Munizipalräthe vorausgehen. Den Christen soll außerdem das Recht erteilt werden, mit Glocken läuten zu dürfen, was ihnen bis jetzt nicht gestattet war.

#### Vermischte Nachrichten.

— **Stettin, 14. Mai.** In der Nacht vom 10. zum 11. d. ist eine halbe Meile von Lippelne auf der Gurodorfer Windmühle der Besitzer mit seiner Frau, drei Kindern (11, 9 und 5 Jahre alt) nebst einem Dienstmädchen ermordet worden. Es sind, der Spur nach, zwei Männer durch das Kellerfenster in das Haus gedrungen und haben sämtliche Personen mit einer Art erschlagen. Mit Ausnahme des neunjährigen Kindes, welches wahrscheinlich erwachte und zu fliehen versucht hatte und im Zimmer mit zerstücktem Schädel gefunden wurde, lagen Alle ermordet in ihren Betten.

Für die Brandversicherung in Grünfeld, Amts Gerlachshausen (Karlsruher Zeitung Nr. 109), sind laut unserer Ankündigung in Nr. 116 bei uns eingegangen 52 fl. 58 kr. Seitdem weiter: Von W. D. 2 fl. 42 kr., von C. Küßenthal 2 fl., von 2 Frauen in Rastatt 1 fl. 48 kr., von Fr. S. in R. 1 fl. Zusammen 60 fl. 28 kr. Zu weiterer Annahme von Gaben sind wir gern bereit. Karlsruhe, 18. Mai 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Montag, 20. Mai. 2. Quartal. 68. Abonnementsvorstellung. **Zaar und Zimmermann**; komische Oper in 3 Akten, von Forzing.

Dienstag, 21. Mai. 2. Quartal. 69. Abonnementsvorstellung. **Die berühmte Widerspenstige**; Lustspiel in 4 Akten, von Shakespeare. Mit Benützung einiger Theile der Uebersetzung des Grafen Bandislin von Deinhardstein. Hierauf: **Ein Gut**; Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von Grandjean.

